

jugendsozialarbeit nord

- I n f o d i e n s t -
Nr. 231, Juni 2021



Integration von „Jugend“ allein reicht nicht: Erst Verknüpfung und Ausbau von Angeboten der Jugendsozialarbeit führen zum Erfolg – PACE und Schulsozialarbeit in Braunschweig

Autor: Thomas Mallon, Leiter Jugendsozialarbeit im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie der Stadt Braunschweig

Der derzeit aktuellen Idee von Jugendsozialarbeit liegt seit gut 30 Jahren das achte Sozialgesetzbuch zugrunde. Im Verlauf der Zeit haben sich sowohl das Gesetz als auch die Herausforderungen des Jugendalters verändert. Die bevorstehende gesetzliche Novelle gibt sowohl dem Gedanken der Integration aller Menschen, als auch der Bedeutung jugendhilfflich ausgerichteter Schulsozialarbeit mehr Gewicht.

Die Lebenswirklichkeit der Pro-Aktiv-Center (PACE) - Zielgruppen hat sich im Lauf der Zeit dynamisch gewandelt. Zwar haben wir es nicht mehr mit Jugendmassenarbeitslosigkeit zu tun, die Realisierung von Integration wird dennoch dauern. Die Chancen, direkt nach der Schule eine Ausbildungsstelle – gar im Traumberuf – zu erhalten, sind nach wie vor ungleich verteilt. Dass Braunschweig das Zentrum der forschungsintensivsten Region Deutschlands ist, hat zur Folge, dass es hier viele Arbeitsstellen für hochqualifizierte Bewohner*innen gibt. Für viele der Klientel der Jugendsozialarbeit wirkt sich dies allerdings nicht positiv aus, denn sie bringen nicht die geforderten Vorqualifikationen oder Schulabschlüsse mit. Unterstützung im Nacherwerb entsprechender Kompetenzen wäre eigentlich schon ein ausreichend dringlicher Auftrag an die Jugendsozialarbeit. Die Situation, dass es derzeit viel zu wenig Schulabgänger*innen gibt, um alle Studien-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze aus Sicht der Arbeitgeber angemessen zu besetzen, verleiht dessen Notwendigkeit allerdings eine weitere Dimension. Ohnehin sollten möglichst alle jungen Menschen früher oder später für den Arbeitsmarkt ausreichend qualifiziert und stabil sein.

Früher war es auch nicht gut...

Zumindest in Braunschweig gab es zur Zeit der Massenjugendarbeitslosigkeit der ausgehenden 80er Jahre für die Einzelfallarbeit zwar den PACE-Vorgänger RAN (Regionale Arbeitsstelle zur beruflichen Eingliederung in Niedersachsen), jedoch wenig Schulsozialarbeiter*innen für die gut 40.000 Schüler*innen. Die ersten drei jugendhilfflich ausgerichteten Schulsozialarbeiter*innen des

Inhalt

- Integration von „Jugend“ allein reicht nicht: Erst Verknüpfung und Ausbau von Angeboten der Jugendsozialarbeit führen zum Erfolg – PACE und Schulsozialarbeit in Braunschweig, Autor: Thomas Mallon
- Brennglas Corona: Digital-Pakt für die Kinder- und Jugendhilfe
- Projektstart: Zusammenhang zwischen Armut und einer Corona-Infektion
- Neues aus dem Norden
 - Jugendarbeitslosigkeit
 - Ausbildungsmarkt
 - LAG JAW fordert Einbezug der Praxis in die Planungen für die zukünftige Förderung der Jugendwerkstätten
- Neu erschienen
- Neu im Netz
- Neu ausgeschrieben
- In eigener Sache
- Veranstaltungstipp
- Veranstaltungen
- Impressum

Jugendamtes (das hier eigentlich Fachbereich Kinder, Jugend und Familie heißt) wurden 2001 an Hauptschulen eingesetzt. Auch hier herrschte Dynamik: Damals gab es in Braunschweig noch sechs Hauptschulen, heute sind noch drei übrig. Die Schüler*innen sind an andere Schulformen verteilt, im Wesentlichen aber die Gleichen geblieben, mit all ihren Hemmnissen und Benachteiligungen. Heute fordert annähernd jede Schule Sozialarbeit ein. Damals musste gekämpft werden, überhaupt drei Schulen für Schulsozialarbeit zu begeistern.

Einige Jahre später war das Braunschweiger PACE im Sozialamt (das eigentlich Fachbereich Soziales und Gesundheit genannt wird) zu finden und aus Sicht der am SGB VIII orientierten Jugendhilfe die verlängerte Werkbank der SGB II-ARGE, heute Jobcenter genannt. Eine gut arbeitende Insellösung, mit wenig Verbindung in die kommunale Jugendsozialarbeit des Jugendamtes.

Schulabgänger*innen ohne Abschluss und damit ohne wesentliche Chancen auf ein später selbstbestimmtes Leben gab es auch damals schon. Zur groben Orientierung: Zuletzt, im Schuljahr 2018/19, wurden allein an den Braunschweiger Berufsschulen mit gut 10.000 Schülern*innen 1.700 solcher Abgänger*innen erfasst. Aufgrund des über das Stadtgebiet hinausgehenden Einzugsgebietes, sind das nicht alle Menschen, die in die Zuständigkeit der Braunschweiger Jugendsozialarbeit fallen. Jedoch allein die Größenordnung von – umgerechnet – ca. 60 chancenlos abgehenden Schulklassen, lässt einiges an sozialer Sprengkraft und aus wirtschaftlicher Sicht an ungenutzten „Human-Ressourcen“ befürchten. Letztere sind aber weniger ökonomisch als vielmehr sozial gemeint: Menschen wollen in der Regel am Arbeitsmarkt teilhaben und zum gesellschaftlichen Gewinn beitragen. Nicht nur in Arbeitsmarktphasen, zu denen es zu wenig Bewerber*innen auf Ausbildungs- und Arbeitsplätze gibt, wird es deutlich. Mit dem Hinnehmen der Schicksale junger Menschen ohne ausreichende Bildungsabschlüsse, nimmt die Gesellschaft gleichzeitig hin, dass die einmal erwachsen werdenden Jugendlichen – ideell, wie materiell – wesentlich weniger für ihren Arbeitgeber, ihrer Gemeinschaft und ihrem Stadtteil reinvestieren können, als diejenigen, denen die Teilhabe nicht verwehrt bleibt.

Zum Abfedern der Problematik gab es das PACE, dem vor allem aufgrund seiner damaligen Finanzierungsstruktur und der Zuordnung zum Braunschweiger Sozialamt mehrheitlich aus dem Jobcenter zugesteuert wurde. Entsprechend hatte das PACE vor allem mit jungen Erwachsenen zu tun, bei denen sich Problemlagen schon manifestiert und vervielfältigt hatten. Ergänzend wurde 2002 eine dem Jugendamt angegliederte Kompetenzagentur gegründet, die vor allem mit noch schulpflichtiger Klientel Übergänge organisierte. Ansonsten wurde der Umgang mit der Situation dem ebenfalls im Jugendamt verorteten Allgemeinen Sozialdienst und der Arbeitsverwaltung überlassen.

...Kooperation und Vernetzung in den Handlungsfeldern der Jugendsozialarbeit haben gefehlt...

Die wenigen jugendhilflich ausgerichteten Schulsozialarbeiter*innen hatten durch ihre Verortung an Hauptschulen wenig mit PACE zu tun. Die Sozialarbeiter*innen an berufsbildenden Schulen waren Landesbedienstete und der Schulgesetzgebung unterstellt. Die Zusammenarbeit mit dem PACE des Braunschweiger Sozialamtes war von fachlich-individueller Problemwahrnehmung bestimmt und vom Engagement der betroffenen Fachkräfte abhängig. Seit der kürzlich erfolgten Neustrukturierung der Landesschulsozialarbeit gibt es zudem eine Fokussierung auf innerschulische Abläufe.

In der praktischen Ausgestaltung der Rechtskreise verfolgen Schulen und deren Landesschulsozialarbeiter*innen sowie Jugendhilfe im Kern jeweils ein nicht mit dem des anderen Rechtskreises übereinstimmendes Ziel: Schule verfolgt vor allem den ihr gegebenen Bildungsauftrag. Hingegen liegt die Förderung individueller Entwicklungen sowie das Recht auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit vor allem im Aufgabenbereich der kommunalen Jugendhilfe. Diese fördert im Lebensverlauf der Kinder und Jugendlichen nicht nur deren schulische, sondern auch deren spätere berufliche Ausbildung und Eingliederung in die

Arbeitswelt. Parallel, deren soziale Integration und zwar sowohl während ihrer Schulzeit als auch weit darüber hinaus. Bisweilen liegen die fachlichen Perspektiven der Jugendhilfe und der Schule, aus denen auf die Jugendlichen gesehen wird, weit auseinander.

...Es könnte aber besser werden...

Ziel der Jugendsozialarbeit ist es, dass Schul- und Berufskarrieren von bislang als benachteiligt geltender Bevölkerungsgruppen deutlich aufgewertet werden und nicht an deren häuslichen Gegebenheiten scheitern. Letztlich arbeitet Jugendsozialarbeit an der Herstellung von Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und an einer sozialen Stadtgesellschaft.

Nicht Alle benötigen die vom SGB VIII vorgesehenen Hilfen. Als Zielgruppen der jugendhilflich ausgerichteten Tätigkeit mit den größten Verbesserungschancen gelten Kinder Alleinerziehender, von der Armut ihrer Eltern Betroffene, sowie Kinder und Jugendliche mit Migrationsvordergrund. Junge Menschen dieser drei Gruppen sind überdurchschnittlich oft davon betroffen, keinen Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu erhalten oder können oft nur im Niedriglohnsektor Fuß fassen. In einer Stadt, in der Forschung und Banken dominieren, erhöhen diese Voraussetzungen die Gefahr, später auf Unterstützung von PACE angewiesen zu sein.

Mögliche strukturelle Schwächen des Bildungssystems oder des Arbeitsmarktes sollen durch die Jugendsozialarbeit nicht behoben werden. Wohl aber deren Auswirkungen auf Jugendliche und Gesellschaft.

Letztlich werden nahezu alle Angebote der Jugendsozialarbeit aus öffentlichen Mitteln finanziert. Begegnet einer der Fachstellen ein Jugendlicher, der sich selber nicht aus der Misere befreien kann, kann daher erwartet werden, dass offensiv Unterstützung angeboten und geleistet wird. Genauso selbstverständlich muss es werden, dass diese Fachstellen so verlässlich und strukturiert zusammenarbeiten, dass Jugendliche einen echten Zugewinn für ihr Leben erhalten.

...Wie soll das gehen?

Egal, ob dem Sozialamt zugeordnet oder dem Jugendamt: PACE bzw. ein Angebot alleine kann das nicht schaffen. Abgesehen davon, dass PACE dafür auch nicht gedacht ist. Erfahrungsgemäß kann eine problembegründende Struktur nicht durch ein auf Projektbasis finanziertes Angebot behoben werden. Veränderungsimpulse eines zeitlich befristeten Projektes werden im Zweifel einfach ausgesessen.

Dem Grunde nach versucht man in Braunschweig, die aus jugendhilflicher Sicht verbesserungswürdige "Insellösung" sowie den Bedarf nach einer sozialen Stadtgesellschaft und besserer Human-Ressourcen-Nutzung in der Jugendsozialarbeit mit verschiedenen Ideen zu begegnen:

- Der Implementierung jugendsozialarbeiterischer Angebote in der Fläche
- Der Einbindung von PACE in Strukturen der Jugendsozialarbeit
- Verstetigungsüberlegungen für das Pro-Aktiv-Center

Zur Stärkung der PACE-Arbeit und PACE-Positionen müsste das Angebot verstetigt werden. Realistisch scheint das zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht. Das liegt daran, dass eine Weiterführung der projektorientierten Fremdfinanzierung als nicht unwahrscheinlich gilt. Für Braunschweig bedeutet dies, dass der Jugendhilfeausschuss sowohl über die Hochwertigkeit und Notwendigkeit der PACE-Arbeit informiert ist, als auch über eine bevorstehende Finanzierungslücke ab 2022. Richtig Fahrt wird dieses Thema erfahrungsgemäß erst dann aufnehmen, wenn eine Fremdfinanzierung endgültig als unwahrscheinlich oder als sicher unzureichend gilt.

Das PACE Braunschweig ist 2015 der kommunalen Jugendsozialarbeit zugeordnet worden. Die unmittelbarste Folge ist die SGB VIII-typische Freiwilligkeit der Beratung. Auch wenn der SGB II-Zwang vorher nicht ausdrücklich im Mittelpunkt der Arbeit mit Klientel stand, so war er doch für einige unter ihnen handlungsbestimmend. Organisatorisch wird darauf gesetzt, alle Fachkräfte

der kommunalen Jugendsozialarbeit miteinander in Kontakt und ins Gespräch zu bringen: Gemeinsame Dienstbesprechungen, Fortbildungen, Hospitationen und Zukunftsplanungen stehen im Mittelpunkt der Methodik. Kooperationen wären auch vorher möglich gewesen, waren aber bis dato eher individueller Natur. Die heutige Zusammenarbeit setzt auf abgrenzbare Zuständigkeiten, Ablaufstandards und eine gemeinsame Idee, was Jugendsozialarbeit und letztlich PACE erreichen soll: Einen nutzbaren Zugewinn für Jugendliche und Stadtgesellschaft.

Im Zuge der Einbindung in die kommunalen Strukturen hat sich für PACE die Möglichkeit eröffnet, stärker von den bestehenden Angeboten zu profitieren. Die Kompetenzagentur beispielsweise weist ebenso gute Kontakte in Schulen wie auch in Unternehmen auf. Die Kompetenzagentur PLUS hingegen zu Schnittstellen der Sozialsysteme und das Feld der entkoppelten Jugendlichen. Die Expertise der Kompetenzagentur im Bereich der berufsbezogenen Analysen ist umfassend. Davon profitieren auch Klienten des vierköpfigen PACE-Teams. Um das Jahr 2000 startete die Stadt den Ausbau jugendsozialarbeiterischer Angebote im SGB VIII mit wenigen Projektstellen. Seitdem wurden Angebote mit zusätzlichen 14 unbefristeten Stellen geschaffen und verdichteten das Unterstützungssystem der Jugendsozialarbeit.

Zwischenzeitlich wurde auch die der Jugendsozialarbeit zugeordnete Kommunale Schulsozialarbeit ausgebaut. Derzeit sind hier 15 Vollzeitstellen an weiterführenden Schulen eingerichtet.

Dem Grunde nach kann jeder im Bereich der Jugendsozialarbeit mit anderen Anbietern zusammenarbeiten. Will man das Ganze aber aus dem eher Individuellen herausholen und als verlässliche Unterstützungsleistung etablieren, ist eine gemeinsame organisatorische Zuordnung bei Abgrenzung der Zuständigkeiten gewinnbringender. Im übertragenen Sinn geht es um Hilfe aus einer Hand. Die Mitarbeiter*innen kennen sich, vertrauen sich, wissen um die Fähigkeiten der anderen Fachstellen und binden sich so schneller und zuverlässiger in komplexe Hilfemodelle für Klient*innen ein.

Das Braunschweiger PACE ist durch seine eigene Expertise im Bereich der Wohnungslosigkeit, Schuldnerberatung und psychischen Erkrankungen ebenso zu einer Unterstützung der sie jetzt umgebenden anderen Angebote der Jugendsozialarbeit geworden.

Im Ergebnis ist die Jugendsozialarbeit in Braunschweig zielgruppenspezifisch mit klaren Zuständigkeiten aufeinander aufgebaut und miteinander verknüpft: Die Kommunale Schulsozialarbeit beginnt ab der 5. Klassenstufe. Schulverweigernde junge Menschen werden an die Koordinierungsstelle Schulverweigerung gemeldet. Jugendliche ab der ca. 8. Klassenstufe bis zur Erfüllung der Schulpflicht werden von der Kompetenzagentur angesprochen. Praxisklassen bieten einen alternativen Schulbesuch an. Von der Kompetenzagentur nicht erreichte oder von institutionellen Systemen entkoppelte Jugendliche liegen in der Zuständigkeit der Kompetenzagentur Plus – hier ist der aufsuchende Ansatz im Vordergrund. Junge Erwachsene, welche nicht mehr schulpflichtig sind und sich in Zwischenräumen befinden, profitieren von der existenzsichernden Beratung von PACE. Die ebenfalls von der Jugendsozialarbeit durchgeführte Schulabgängerbefragung ermittelt Bedarfe, leitet an die Kompetenzagentur und PACE weiter und liefert zudem statistische Daten.

Auch wenn es oftmals nicht um die direkte Arbeit am Klienten geht, liegt der große Zugewinn dieses Aufbaus für PACE im strukturierten Austausch von Ressourcen und Fachwissen. Obwohl PACE in Braunschweig für die jungen Erwachsenen nach Schulpflichterfüllung zuständig ist, profitiert es durch die gemeinsamen Dienstbesprechungen, Fortbildungen und Hospitationen von Kommunalen Schulsozialarbeiter*innen sämtlicher Klassenstufen weiterführender Schulen. Zugleich wird durch die Flächendeckung sichergestellt, dass in Braunschweig jeder junge Mensch mehrfach und in unterschiedlichen Phasen seines Lebens die Möglichkeit erhält, ein Unterstützungsangebot zu nutzen. So steigt die Chance auf eine größere Anzahl qualifizierter und stabiler Ausbildungs-, Studien- und Arbeitsmarktwerber*innen, sowie die Chance, auf eine sozialere Stadtgesellschaft.

Brennglas Corona: DigitalPakt für die Kinder- und Jugendhilfe

Stellungnahme der Erziehungshilfefachverbände

In der gemeinsamen Stellungnahme „Brennglas Corona: DigitalPakt für die Kinder- und Jugendhilfe“ weisen die Erziehungshilfefachverbände in Deutschland auf den dringenden Bedarf eines DigitalPaktes für die Kinder- und Jugendhilfe hin.

„Wer nicht (digital) kommuniziert, nimmt nicht teil. Digitale Zugänge entscheiden maßgeblich darüber, wie sich junge Menschen Räume aneignen, in der Gesellschaft verorten und daran teilhaben können,“ heißt es in der Erklärung. Um die Teilhabe und Partizipation von jungen Menschen in Einrichtungen der Erziehungshilfe zu ermöglichen, gilt es, die finanziellen Ressourcen für den Ausbau der notwendigen Infrastruktur sicherzustellen. Damit Grundrechte junger Menschen in und mit digitalen Räumen sichergestellt werden können, besonders für jene, die in öffentlicher Verantwortung aufwachsen, braucht es eine deutlich verbesserte digitale Ausstattung. Dazu gehören neben technischer Ausrüstung auch langfristige Fort- und Weiterbildungsmittel zur Qualifizierung von Fachkräften und jungen Menschen.

Daher fordern die Erziehungshilfefachverbände die Einrichtung eines DigitalPaktes für die Kinder- und Jugendhilfe, der ausgerichtet an den Perspektiven junger Menschen eine beständige technische und qualitätsvolle Ausgestaltung der digitalen Infrastruktur sicherstellt.

Die gemeinsame Stellungnahme fordert ein rasches und nachhaltiges Handeln der Politik. Es bedarf eines Maßnahmenbündels sowie das konzertierte Handeln von Bund, Ländern und Kommunen, um dieser Herausforderung zu begegnen.

*Hier gelangen Sie zur Stellungnahme auf der Homepage des BVkE:
<https://www.bvke.de/stellungnahmen/brennglas-corona-digitalpakt-fuer-die-kinder-und-jugendhilfe-37cd7e9d-96c9-483b-9b90-08053abaac98>*

Quelle: Newsletter BVkE - Aktuelle Nachrichten aus der Erziehungshilfe 34_2021, 4.6.2021

Projektstart: Zusammenhang zwischen Armut und einer Corona-Infektion

Ein neues Projekt untersucht mögliche Zusammenhänge zwischen sozial benachteiligten Menschen und einem erhöhten Risiko für eine Infektion mit dem Coronavirus und einem möglichen schweren Verlauf einer Erkrankung. Sozial benachteiligte Menschen haben möglicherweise ein erhöhtes Risiko für eine Infektion mit SARS-CoV-2 und auch für einen schweren Verlauf einer COVID-19-Erkrankung. Gleichzeitig beeinflussen auch die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie die Gesundheit – und treffen sozial benachteiligte Menschen möglicherweise besonders stark. Bereits bestehende gesundheitliche Ungleichheiten können auf diese Weise weiter verstärkt werden.

Ein Team von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Robert Koch-Instituts, des Uniklinikums Düsseldorf und der Uni Köln forscht zu verallgemeinerbaren Mustern sozialer Ungleichheit während Pandemien mit Erregern akuter Atemwegskrankheiten.

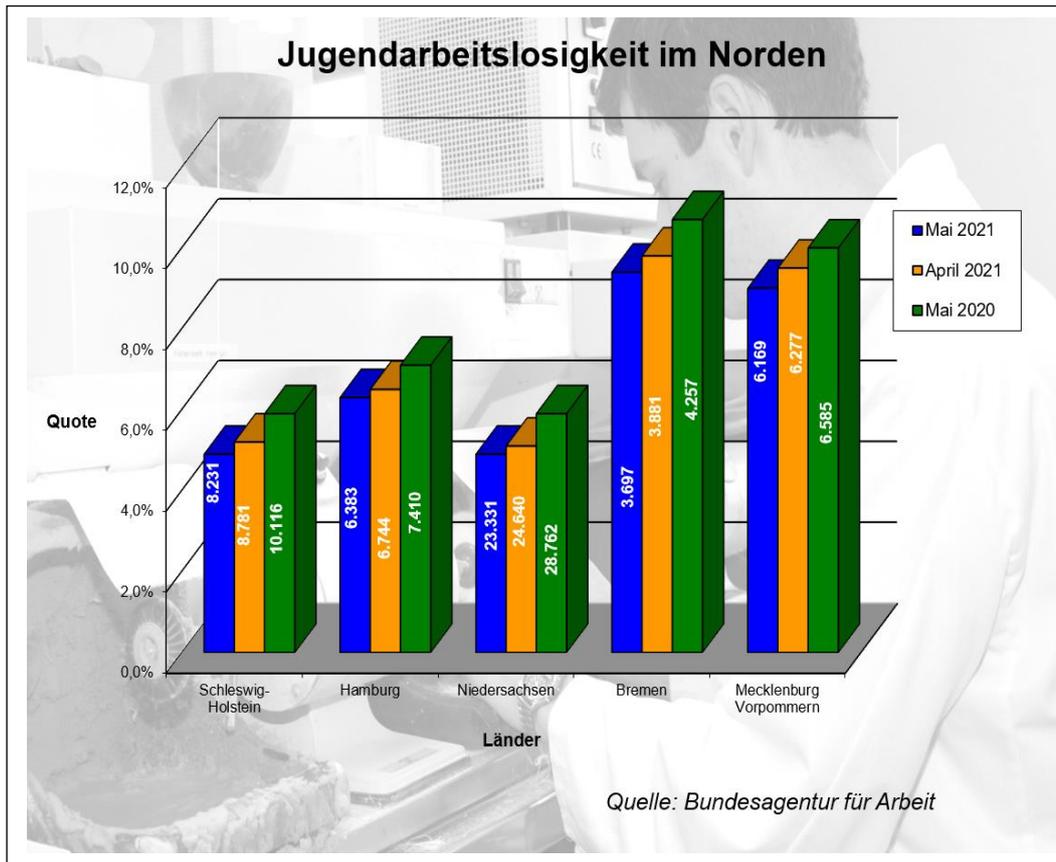
Das Projekt wird sowohl die direkten Gesundheitsfolgen der COVID-19-Pandemie als auch indirekte Folgen der Eindämmungsmaßnahmen erforschen. Ein weiteres Thema sei die Frage, wie sich nicht-pharmazeutische Interventionen auf die psychische Gesundheit und Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen auswirken. Ergebnisse sollen in eine künftige Pandemieplanung und -bekämpfung einfließen. So soll mehr gesundheitliche Chancengerechtigkeit hergestellt

werden. Das Projekt wird für drei Jahre aus Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert.

Quelle: Jugendsozialarbeit News 752 vom 9.6.2021

Neues aus dem Norden

Jugendarbeitslosigkeit



Mai 2021

Im Mai sind die Arbeitslosenzahlen bei den Jugendlichen erneut in allen nördlichen Bundesländern gesunken. Im Vergleich zum April um 0,2-05 %, im Vergleich zum Mai letzten Jahres um jeweils ca. 1%.

Ausbildungsmarkt im Oktober 2020 bis Mai 2021

Von Oktober 2020 bis Mai 2021 meldeten sich bei den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern 367.000 Bewerber*innen für eine Ausbildungsstelle. Das waren 33.000 weniger als im Vorjahreszeitraum. Der Rückgang ist dabei nicht mit einem rückläufigen Interesse von jungen Menschen an der Berufsausbildung gleichzusetzen. Vielmehr unterbleiben Meldungen, weil die gewohnten Zugangswege beeinträchtigt sind und durch digitale Alternativen nicht vollständig ersetzt werden können. 177.000 Bewerber*innen sind noch unversorgt. Gleichzeitig waren 451.000 Ausbildungsstellen gemeldet, 15.000 weniger als vor einem Jahr. In diesem Rückgang spiegeln sich die Einschränkungen und Unsicherheiten durch die Pandemie sowie die Transformationsprozesse in der Wirtschaft wider. Von den gemeldeten Ausbildungsstellen waren 234.000 im Mai noch unbesetzt. Der Ausbildungsmarkt ist im Mai aber noch stark in Bewegung. Deshalb ist es für eine fundierte Bewertung zu früh.

Quelle: BA - Presseinfo Nr. 21, 1.6.2021

Zukünftige Förderung von Jugendwerkstätten in Niedersachsen 2021 - 2027: LAG JAW fordert den Einbezug der Praxis in die Planung

Die zukünftige Förderung von Jugendwerkstätten in Niedersachsen befindet sich in einer entscheidenden Phase, in der es um die konkrete Gestaltung der Umsetzung geht. Der dazu eingerichtete Arbeitskreis wurde für beendet erklärt, eine Verbandsbeteiligung mit den Möglichkeiten Stellung zu nehmen und Änderungsvorschläge einzubringen, ist erst für das Jahresende 2021 avisiert.

Als Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit ist es uns für die benachteiligten Jugendlichen wichtig, in diesem Prozess für diesen Personenkreis möglichst optimale Förderchancen in der Jugendberufshilfe festzulegen. "Deshalb geht es um eine dementsprechende fachliche Ausgestaltung der Förderrichtlinie, die wir in einer guten Kooperation mit dem Land Niedersachsen als Experten gerne ab sofort aktiv unterstützen und begleiten möchten. Viele Detailfragen und fachliche Einzelheiten, z.B. zu den Hauptschulkursen sind u.E. am sinnvollsten während der Erarbeitung der Förderrichtlinie zu klären. Darüber hinaus schlagen wir dafür noch eine weitere Sitzung des AK zur zukünftigen Förderung von Jugendwerkstätten im 3. Quartal 2021 vor." so David Janzen, der Vorsitzende der LAG JAW.

Bezugnehmend auf die aktuelle Corona-Pandemie weisen wir auf die Notwendigkeit hin, in Niedersachsen durch das „Corona-Aufhol-Paket“ die Jugendsozialarbeit und insbesondere die Jugendberufshilfe finanziell konkret mit zu berücksichtigen. Denn die Einrichtungen vermuten ab dem Sommer 2021 eine verstärkte Nachfrage, so dass dadurch besondere Bedarfe entstehen. Eine ergänzende Sonderförderung in Niedersachsen für diese Jugendlichen ist u.E. sehr sinnvoll.

Leitfaden soll Schüler*innen den richtigen Umgang mit Geld, Lebens- und Waschmitteln zeigen

Niedersachsens Agrar- und Verbraucherschutzministerin Barbara Otte-Kinast (CDU) hat den bundesweit ersten Hauswirtschafts-Führerschein vorgestellt.

Entwickelt wurde das zwölf Module umfassende Fortbildungsprogramm von der Landesarbeitsgemeinschaft Hauswirtschaft und dem Zentrum für Ernährung und Hauswirtschaft (Zehn), einer vom Landesministerium finanzierten Einrichtung in Oldenburg. Bereits 2019 wurden die Inhalte in einem vom Land mit 38.000 Euro geförderten Projekt erstmals zusammengetragen. In der Zwischenzeit wurde der Leitfaden so weiterentwickelt, dass er nun mit Beginn des kommenden Schuljahrs ab August zur praktischen Anwendung kommen kann – zunächst allerdings nur in den Berufsbildenden Schulen in Niedersachsen. Die Lerninhalte richten sich an junge Menschen, die sich auf dem Weg in die Ausbildung, die erste eigene Wohnung und ein eigenständiges Leben befinden.

Vermitteln soll der Hauswirtschafts-Führerschein grundlegende Alltagskompetenzen. Im ersten Modul geht es deshalb beispielsweise um den Einkauf und die Lagerung von Lebensmitteln, damit diese nicht so schnell verderben. Mit dem Ausgeben von Geld fingen junge Menschen schon an, bevor sie selber etwas verdienten, sagte Angrit Bade, die Fachreferentin für Hauswirtschaft im „Zehn“. Der Führerschein soll den Heranwachsenden zeigen, wie sie ihr Geld sinnvoll einteilen, damit davon der notwendige Bedarf genau so gedeckt werden kann wie die Ausgaben für die Freuden des Lebens. In einem weiteren Modul des Hauswirtschafts-Führerscheins geht es so dann auch um das Abschließen von Verträgen. Der erste eigene Vertrag sei für viele junge Menschen vermutlich der Handy-Vertrag, denken die Erfinderinnen des Leitfadens. Mit Beginn der eigenen Ausbildung kommen aber rasch auch der Mietvertrag oder erste Versicherungen hinzu. Das Ausbildungsprogramm des Hauswirtschafts-Führerscheins führt Jugendliche außerdem an das Thema Hygiene im Haushalt heran: Wie viele Mikroorganismen leben auf einem Spüllappen? Wann muss ich den waschen oder sollte ich ihn lieber ersetzen? Auch die korrekte Dosierung von Spül- oder Waschmittel wird in einem Modul vermittelt.

Eine Einbindung des Hauswirtschafts-Führerscheins an allgemeinbildenden Schulen ist allerdings erst für einen späteren Zeitpunkt geplant. Zunächst müsse dafür ein entsprechendes Wei-

terbildungsprogramm für die Lehrkräfte entwickelt und angeboten werden. Das Agrar- und das Kultusministerium seien aber in enger Abstimmung, hieß es gestern. Man zeigte sich zuversichtlich, dass der nächste Schritt auch bald möglich sei, konnte aber noch keinen konkreten Startzeitpunkt nennen.

Quelle: rundblick 107, 9.6.2021

Neu erschienen

Buchempfehlung: Kleiner Bruder - Die Geschichte meiner Suche

"Schon bald würde das Telefonguthaben verbraucht sein, und ich fragte ihn, wo er war. Er antwortete, dass er in Sabratha sei, in einem großen Flüchtlingslager namens Baba Hassan, und auf die Gelegenheit warte, das Meer zu überqueren. „Sei vorsichtig, kleiner Bruder“, bat ich ihn. Ja, antwortete er, und dass er vorsichtig sein werde. Dass er es mir verspreche. Drei oder vier Tage später bin ich aufgebrochen, um ihn zu suchen."

Verlagsbeschreibung: Als sein kleiner Bruder verschwindet und alles darauf hindeutet, dass er die gefährliche Reise nach Europa angetreten hat, macht sich Ibrahim auf die Suche. Und erfährt am eigenen Leib, was der Traum von einem Leben in Europa für so viele junge Männer in Afrika bedeutet: Unsicherheit, Gewalt, Ausbeutung, Einsamkeit, Verzweiflung. Ibrahim wird geschlagen, erniedrigt, verkauft, doch zur gleichen Zeit erlebt er den Zusammenhalt, die Hoffnung und die felsenfeste Zuversicht einer Schicksalsgemeinschaft, und schafft es schließlich nach Spanien, wo er seine eigene Stimme findet, um die Geschichte seiner Verlorenheit in eine Rettung zu verwandeln.

Ein Zeugnis, das unter die Haut fährt. Ein Stück Literatur, das berührt durch seine Unmittelbarkeit und Schönheit. Kleiner Bruder gewährt die Innenansicht auf die Fluchterfahrung, in einer Sprache, die staunen macht. (re)

Diese 139 Seiten besondere Literatur ist bei Suhrkamp erschienen, mehr Informationen: <https://www.suhrkamp.de/buch/kleiner-bruder-t-9783518471425>

Kindeswohl bei Aufwachsen in islamistisch oder salafistisch geprägten Familien

Das Socles International Centre for Socio-Legal Studies gGmbH, die Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e.V. und cultures interactive e.V. haben im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung eine Orientierungshilfe für Jugendämter erarbeitet. Sie liefert Hintergrundinformationen zu islamistisch oder salafistisch geprägten Familienkontexten und beschreibt Einflussfaktoren des Aufwachsens in einer religiös-extremistisch geprägten Familie.

Die Arbeitshilfe zeigt die rechtlichen Grundlagen im Spannungsfeld zwischen Religionsfreiheit, Kinder- und Elternrechten auf und bietet Handlungsorientierung für die Aufgaben von Fachkräften im Jugendamt beispielsweise bei der Feststellung gewichtiger Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung gemäß § 8a SGB VIII oder eines erzieherischen Bedarfs nach § 27 SGB VIII. Übersichten und Fallbeispiele unterstützen die Mitarbeitenden im Jugendamt bei der Gesetzesanwendung in diesem komplexen Themenfeld.

Download der Orientierungshilfe:

*[https://www.cultures-](https://www.cultures-interactive.de/files/publikationen/Flyer%20Broschueren%20Dokumentationen/Orientierungshilfe%20Jugendaemter_Kindeswohl%20islamistische%20salafistische%20Familien.pdf)
[interacti-](https://www.cultures-interactive.de/files/publikationen/Flyer%20Broschueren%20Dokumentationen/Orientierungshilfe%20Jugendaemter_Kindeswohl%20islamistische%20salafistische%20Familien.pdf)*

[ve.de/files/publikationen/Flyer%20Broschueren%20Dokumentationen/Orientierungshilfe%20Jugendaemter_Kindeswohl%20islamistische%20salafistische%20Familien.pdf](https://www.cultures-interactive.de/files/publikationen/Flyer%20Broschueren%20Dokumentationen/Orientierungshilfe%20Jugendaemter_Kindeswohl%20islamistische%20salafistische%20Familien.pdf)

Synopse zum Kinder- und Jugendstärkungsgesetz

Das Deutsche Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJuF) hat eine Synopse zum Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen veröffentlicht, die einen Vergleich der bisherigen und der seit dem 10. Juni 2021 geltenden Fassung des SGB VIII ermöglicht.

Die Synopse ist abrufbar unter: [https://www.dijuf.de/files/downloads/2021/DIJuF-Synopse%20KJSG%20\(Stand%2010.6.2021\).pdf](https://www.dijuf.de/files/downloads/2021/DIJuF-Synopse%20KJSG%20(Stand%2010.6.2021).pdf)

Neu im Netz

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V., Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe und Niedersächsische Lotto-Sport-Stiftung starten Social-Media-Kampagne mit Videos in 16 Sprachen

Menschen mit einer Flucht- und Zuwanderungsgeschichte sind aufgrund ihrer Lebenslage und Arbeitsbedingungen einem höheren Risiko ausgesetzt, sich mit dem Corona-Virus anzustecken. Obwohl das Infektionsrisiko in Sammelunterkünften besonders hoch ist, stellen wir fest, dass die Impfquote dort vergleichsweise gering und das Informationsbedürfnis groß ist.

Angesichts des Bedarfs an verlässlichen Impfinformationen hat der Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. gemeinsam mit der Niedersächsischen Lotto-Sport-Stiftung sowie der Niedersächsischen Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe eine mehrsprachige Aufklärungskampagne ins Leben gerufen, die am heutigen 09.06.2021 startet. Ziel ist es, Geflüchtete und alle Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, mit grundlegenden Informationen zum Impfen zu versorgen. Die Initiative soll Bedenken gegenüber der Corona-Impfung abbauen und als Grundlage für weitergehende persönliche Beratungsgespräche vor Ort dienen.

In insgesamt 16 Videos klären Ärzt*innen in ihren Muttersprachen prägnant und einfach verständlich über das Impfen gegen Corona auf. Sie thematisieren Impfreaktionen und Nebenwirkungen und widerlegen besonders verbreitete Mythen.

Die verfügbaren Sprachen sind: Albanisch, Arabisch, Bosnisch-Kroatisch-Serbisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Georgisch, Kurdisch (Sorani und Kurmandschi), Persisch, Polnisch, Russisch, Somali, Spanisch, Tigrinya, Türkisch und Twi.

Alle Videos sind mit Untertiteln versehen, werden von erläuternden Animationen begleitet und sind über www.nds-fluerat.org/covid abrufbar. Die Aktion läuft in sozialen Medien unter dem Hashtag #weexplainforeveryone.

LAG JAW – Forum „Leichte Sprache“ online

Als nachgehendes Angebot zum Seminar „Einführung in die Leichte Sprache“ hat die LAG JAW für alle Teilnehmer*innen des Seminars, aber auch für Absolvent*innen eines anderen Einführungsseminars zum Thema „Leichte Sprache“ ein Austauschforum in Moodle angelegt.

Dieses Forum bietet die Möglichkeit, gemeinsam Texte aus der Praxis in Leichte Sprache zu übersetzen, zu diskutieren und sich auszutauschen.



Außerdem finden Sie im Forum die Regeln für Leichte Sprache des Netzwerks Leichte Sprache.

Manchmal ist es einfacher über Texte zu sprechen. Wenn Sie dazu gerne einen BigBlueButton-Konferenzraum reservieren möchten, können Sie auch dies über das Forum tun. Wir hoffen, Ihnen damit die Weiterarbeit mit Leichter Sprache zu erleichtern und freuen uns über eine gute Nutzung des Forums.

Für dieses Austauschforum gelten unsere Datenschutzinformationen, die Sie auf unserer Homepage finden: <https://nord.jugendsozialarbeit.de/news/1/649739/nachrichten/lag-jaw-forum-leichte-sprache.html>

Handreichung zu Voraussetzungen für Berufsausbildung und Berufsausbildungsförderung für Geflüchtete

Das Präsidium des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. hat in seiner Sitzung am 16. Juni 2021 die Handreichung zu Voraussetzungen für Berufsausbildung und Berufsausbildungsförderung für Geflüchtete verabschiedet (siehe Anhang).

Zielgruppe sind Fachkräfte von öffentlichen und freien Trägern der Migrations- und Sozialberatung, Arbeitsagenturen, Jobcentern, Ausländerbehörden, Jugendämtern, Bildungsstätten und sonstigen Institutionen oder Einrichtungen, die mit Leistungsgewährung oder Beratung im Bereich der Arbeitsmarktintegration betraut sind.

Der Zugang zu Berufsausbildung und Berufsausbildungsförderung hat für die Integration Geflüchteter eine zentrale Bedeutung. Bei Beratung und Leistungsgewährung müssen sozial-, aufenthalts- und asylverfahrenrechtliche Regelungen zu Förderinstrumenten, Beschäftigungserlaubnis und räumlichen Beschränkungen berücksichtigt werden. Mit dem Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz von 2019 wurden bei der Ausbildungsförderung, insbesondere im SGB III, Vereinfachungen und Öffnungen vorgenommen. Dennoch stellt die Komplexität an der Schnittstelle von verschiedenen Gesetzbüchern und Verordnungen Praktikerinnen und Praktiker bei Leistungsgewährung und Beratung vor fachliche Herausforderungen. Ihnen soll die Handreichung als verständliche Praxishilfe dienen.

Das Papier ist dem Gedanken früher Arbeitsmarktintegration verpflichtet. Es ist anhand von Maßnahmen bzw. Förderinstrumenten gegliedert. Innerhalb der jeweiligen Maßnahmen werden jeweils die vier Statusgruppen Asylsuchende, Personen mit einer Duldung, Schutzberechtigte (=im Asylverfahren anerkannte Personen) sowie Inhaberinnen und Inhaber anderer humanitärer Aufenthaltstitel erörtert. Das Papier behandelt für die genannten Personenkreise die Themen Beschäftigungserlaubnis; Förderinstrumente, einschließlich Sprachförderung, für die Vorbereitung einer Berufsausbildung; Förderinstrumente für die Durchführung einer Berufsausbildung; Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderungen; räumliche Beschränkungen und Wohnsitzregelungen als weitere Voraussetzungen sowie die zielgruppengerechte Ausgestaltung der Berufsausbildung.

Die Handreichung ist als pdf-Dokument hier abrufbar: <https://www.deutscher-verein.de/de/empfehlungenstellungnahmen-2021-voraussetzungen-fuer-berufsausbildung-und-berufsausbildungsfoerderung-fuer-gefluechtete-eine-handreichung-des-deutschen-vereins-4335,2218,1000.html>

Neu ausgeschrieben

Kreativwettbewerb der Jugendmigrationsdienste #coronamachtkreativ2021

Aufgrund der weiterhin vielerorts eingeschränkten Freizeit- und Ferienangebote für junge Menschen wird es auch in diesem Jahr wieder einen Kreativ-Wettbewerb für junge Menschen in den Programmen der Jugendmigrationsdienste geben. Der diesjährige Wettbewerb orientiert sich an der Fragestellung "Wie wollen wir zusammenleben?". Insgesamt wird es zehn Preisträger-Projekte sowie zusätzlich einen Preis der Jugend-Jury für die kreativsten Antworten geben. Zu gewinnen gibt es ein Preisgeld von bis zu 3.000€; der Jugend-Jury-Preis beträgt ebenfalls 3.000€. Die Projektdokumentation, die Ergebnisse und die übrigen Wettbewerbsunterlagen sind bis zum 30. September 2021 ausschließlich digital über die JMD-Cloud einzureichen.

Weitere Informationen unter: <https://www.lass-uns-reden.de/news/kreativ-wettbewerb-der-jugendmigrationsdienste-coronamachtkreativ2021-wir-bleiben-dran>

Aktion Mensch: Förderaktion #1Barriere weniger - Gemeinsam Barrieren abbauen

Wenn es um Teilhabe im Alltag geht, ist jede Barriere eine zu viel. Mit der Förderaktion #1BarriereWeniger soll jetzt auch der öffentliche Raum barrierefreier gemacht werden: Aktion Mensch fördert Ideen, die von unseren gemeinnützigen Projekt-Partnern in Zusammenarbeit mit Partnern aus der Privatwirtschaft oder öffentlich-rechtlichen Institutionen umgesetzt werden. Und auch Privatpersonen, die in ihrem Alltag auf Barrieren stoßen, können diese bei Vereinen in der Nachbarschaft für die Förderaktion vorschlagen.

Die Förderaktion für starke Teams:

- Unternehmer*innen aus der Privatwirtschaft und öffentlich-rechtliche Institutionen schließen eine Partnerschaft mit einem antragsberechtigten Projekt-Partner (Wohlfahrtsverbände, gemeinnützige Vereine).
- Zusammen wird die direkte öffentliche Umgebung für eure gemeinsame Zielgruppe barrierefreier und lebenswerter gestaltet.
- Das Engagement wird mit bis zu 5.000 Euro gefördert.

Weitere Informationen zur Förderaktion #1Barriere weniger sind hier abrufbar: <https://www.aktion-mensch.de/foerderung/foerderprogramme/1barriereweniger.html>

Eine Übersicht und Informationen über die weiteren Förderprogramme der Aktion Mensch sind hier abrufbar: <https://www.aktion-mensch.de/foerderung/foerderprogramme.html>

Zweite Novellierung: Bundesförderung Corona-gerechte stationäre raumluftechnische Anlagen

Durch die „Bundesförderung Corona-gerechte Um- und Aufrüstung von stationären raumluftechnischen (RLT-)Anlagen“ werden Zuschüsse für Investitionen gewährt, mit denen vorhandene stationäre raumluftechnische Anlagen um- und aufrüstet werden. Die Richtlinie wurde erneut novelliert, damit künftig auch der Neueinbau von stationären RLT-Anlagen in Einrichtungen für Kinder unter 12 Jahren förderfähig ist. Insbesondere zu den Punkten Neueinbau von RLT-Anlagen für Einrichtungen für Kinder unter 12 Jahre und für die Um- und Aufrüstung von RLT-Anlagen sind Anpassungen erfolgt: Einrichtungen für Kinder unter 12 Jahre umfassen Kindertageseinrichtungen, Horte, Kindertagespflegestellen und staatlich anerkannte allgemeinbildende Schulen in

öffentlicher oder freier Trägerschaft (mit Ausnahme von Schulen der Erwachsenenbildung). Für die Um- und Aufrüstung von RLT-Anlagen (vgl. RL-Nr. 6.1) werden zusätzlich Einrichtungen der Rehabilitation, Frühförderstellen sowie Leistungserbringer der Eingliederungshilfe, Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte nach Â§ 44 Abs. 1 und Â§ 53 Abs. 1 AsylG sowie besondere Wohnformen und Einrichtungen der Kinder- Jugendhilfe berücksichtigt.

Mit der Förderrichtlinie soll ein Beitrag zur Pandemiebekämpfung geleistet werden. Sie ist bis zum 31. Dezember 2021 befristet.

Die veröffentlichte Richtlinie ist hier abrufbar: <https://www.bundesanzeiger.de/pub/de/amtliche-veroeffentlichung?1>

Woche der Goldhandys 2021: mission ruft zur Smartphone-Sammlung

Das katholische Hilfswerk mission ruft vom 19. bis 27. Juni 2021 mit vielen Kooperationspartnern deutschlandweit zum Handyspenden auf. Ausgemusterte Geräte können bundesweit für einen guten Zweck gespendet werden. Mit dieser Sammelaktion macht das katholische Hilfswerk darauf aufmerksam, dass Rohstoffe für Handys wie Gold oder Coltan maßgeblich für Ausbeutung, Sklaverei und blutige Konflikte sind. Mit der Woche der Goldhandys wird zudem die Internationale missio-Konferenz "Eine Welt. Keine Sklaverei" begleitet, die am 22. und 23. Juni 2021 unter Schirmherrschaft von Bundesminister Gerd Müller in Berlin stattfindet.

Für Spenden von Alt-Handys gibt es zwei Möglichkeiten:

Viele hundert Annahmestellen bundesweit - ein Abgabeort im Bistum Hildesheim ist die missio-Diözesanstelle im Bischöflichen Generalvikariat. Weitere Abgabestellen, bei denen die Altgeräte abgegeben werden können, erfährt man auf der Homepage von mission: <https://www.missionhilft.de/mitmachen/aktion-schutzengel/handys-spenden/handy-abgabestellen-in-ihrer-naehe>

Zweitens kann das alte Handy, am besten zusammen mit weiteren Altgeräten von Bekannten, Verwandten und Freunden, per Post an mission in Aachen gesendet werden: <https://www.missionhilft.de/mitmachen/aktion-schutzengel/handys-spenden/handy-per-post-einsenden/>

Politische Bildung

Widersprüche aushalten lernen: Mit Ambiguitätstoleranz gegen Verschwörungsideologien

Das demokratiegefährdende und antisemitische Potenzial von Verschwörungsideologien wurde lange unterschätzt. Politische Bildungsarbeit, die für dieses Potenzial sensibilisieren und der Verbreitung dieser widerspruchsfreien Deutungsmuster entgegenwirken möchte, muss es sich zur Aufgabe machen, Ambiguitätstoleranz zu vermitteln und selbst zu praktizieren. *Zum Beitrag:* <https://profession-politischebildung.de/grundlagen/diversitaetsorientierung/ambiguitaetstoleranz/>

Digitale Praxis der Politischen Bildung: "Hallo, ich bin Ebert!"

Eintreten für faire Debatten im Netz – mit dem „e-Bert“ bietet die Friedrich-Ebert-Stiftung ein Online-Tool, das spielerisch zeigt, wie man gegen populistische Stimmungsmache im Netz argumentieren kann. Neu hinzugekommen ist ein Themenstrang mit Verschwörungserzählungen.

Zu "e-Bert": <https://profession-politischebildung.de/grundlagen/digitale-praxis/e-berf/>

In eigener Sache

Vorstandswechsel bei LAG JAW und KJS Nord gGmbH

Die LAG JAW und die KJS Nord gGmbH haben im Mai zwei langjährige Vorstandsmitglieder in den Ruhestand verabschiedet:

Josef Hilgefert, LCV Oldenburg wurde als Vertreter der Katholischen Jugendsozialarbeit 2009 zum ersten Vorsitzenden der LAG JAW gewählt, seit 2018 stand er auch der Katholischen Jugendsozialarbeit Nord gGmbH vor.

Matthias Kreimeyer hat jahrzehntelang die Diakonie in Niedersachsen e.V. in der LAG JAW und ihren Fachausschüssen vertreten.

Beiden danken wir ganz herzlich für ihr großes Engagement und ihre fundierte Expertise für die Interessensvertretung der Jugendsozialarbeit in Niedersachsen.

Die Funktion des Vorsitzenden der LAG JAW hat seit Mai 2021 David Janzen, Jugendbildungsreferent des Paritätischen Jugendwerk Niedersachsens inne. Vorsitzender der KJS Nord gGmbH ist seit dem 01.06.2021 Dietmar Fangmann vom LCV Oldenburg.

Veranstaltungstipps

„Alle im selben Boot? Chancenungerechtigkeit in Pandemie-Zeiten“

Mittwoch, den 7. Juli 2021 von 10:00 – 13:30 Uhr Online-Veranstaltung via Zoom

Die Corona-Pandemie trifft arme Menschen in Deutschland und weltweit deutlich härter als reiche. Aber genau darüber wird hierzulande deutlich weniger diskutiert als etwa in den USA oder Großbritannien. Hier schärfen sich erst langsam und fast schon mühevoll die Datenlagen dazu, wer wie von der Pandemie betroffen ist. Sie zeigen klar, dass auch vor diesem Virus nicht alle Menschen gleich sind. Wenn allerdings intensiv über vulnerable Gruppen diskutiert wird, die besonders geschützt werden müssen, dann verengt sich die Diskussion schnell auf eine reine Altersfrage; die Frage nach der sozialen Lage hingegen wird weitestgehend ausgeblendet. Die Impfpriorisierung beispielsweise wurde primär nach Alters- und Berufsgruppen vorgenommen, obwohl Arbeitslosigkeit oder Migrationshintergrund das Risiko, auf einer Intensivstation zu landen oder an einer COVID-19-Erkrankung zu versterben, deutlich erhöhen. In der Pandemie haben sich darüber hinaus die Armutslagen armer Bevölkerungsgruppen verschärft, weil ALG-II-Regelsätze trotz erwiesener Mehrbedarfe nicht erhöht wurden und ohnehin prekär beschäftigte Niedriglohngruppen etwa in der Gastronomie oder Landwirtschaft plötzlich ohne Arbeit dastanden. Auch die Bildungschancen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien haben sich in der Pandemie verschlechtert, unter anderem aufgrund fehlender Endgeräte für eine obendrein schlecht organisierte digitale Bildung und kaum Fördermöglichkeiten außerhalb des Elternhauses.

All dies wirkt sich auf die sozialen und gesundheitlichen (Teilhabe-)Chancen von Menschen in schwierigen Lebenslagen aus. Diese Befunde sollen auf der Jahrestagung der LVG & AFS schärfer ins Blickfeld gerückt werden, vor allem mit dem Blick nach vorn. Was ist zu tun? Wie können Chancenungerechtigkeiten verringert werden, insbesondere im Hinblick auf soziale Teilhabe und Gesundheit? Was können wir aus der Pandemie lernen?

Referent*innen: Prof. Dr. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Marina Weisband, Dipl.-Psychologin, politik-digital e. V. sowie Prof. Dr. Nico Dragano, Universitätsklinikum Düsseldorf, Institut für Medizinische Soziologie, Vorstellung des Modellprojekts „#IQ-Covid - Gesundheitsfachkräfte in sozial benachteiligten Bremer Quartieren“

Veranstaltungsausschreibung:

<https://www.gesundheit-nds.de/index.php/veranstaltungen/1676-alle-im-selben-boot>

Ein Europäisches Abenteuer für die Jugendhilfe: Training "Adventure Europe"

Ein Training für Fachkräfte der Jugendsozialarbeit, die mit Jugendlichen arbeiten, die in prekären Situationen, Heimen oder in der Pflege leben. Das Training nutzt Elemente der Outdoor-Pädagogik und des erfahrungsorientierten Lernens, um Jugendliche zu befähigen, aktive (europäische) Bürger/-innen zu werden. Anmeldungen für das im Oktober 2021 geplante Training in der Nähe von Bonn sind jetzt möglich.

Das Training kombiniert praktische Outdoor-Aktivitäten mit jugendarbeitsrelevantem Input. Die Outdoor-Aktivitäten können Sie später leicht in verschiedenen Umgebungen anwenden. Vorge stellt und diskutiert werden verschiedene Ansätze und Methoden, um Gruppendynamik, Diskussionen und aktive Teilnahme zu initiieren.

Das Training bietet Ihnen darüber hinaus genügend Zeit für einen Austausch mit den Teilnehmenden. Sie erhalten Unterstützung bei der Planung von gemeinsamen internationalen/europäischen Projekten und erfahren, wie Sie erfolgreich Zuschüsse innerhalb des EU-Programms Erasmus+ beantragen können.

Nach dem Training werden Sie über Online-Meetings darin begleitet, die neuen Methoden in ihrer Arbeit mit ihrer Zielgruppe anzuwenden. Geplant ist ein Nachfolgetreffen im März 2022. Die Arbeitssprache ist Englisch.

Weitere Informationen sowie den Link zur Anmeldung finden Sie im SALTO-Fortbildungskalender: <http://trainings.salto-youth.net/9205>

Pressemitteilung JUGEND für Europa, 25.05.2021

Veranstaltungen

Veranstalt. Art	Thema/ Titel	Datum	Ort	Veranstalter
Online-Seminar	Gesundheit und Migration für Pro-Aktiv-Centren und Jugendwerkstätten	24.06.2021	online	LAG JAW, Franziska Hermes Tel. 0511 12173-31 pro-aktiv@jugendsozialarbeit.de www.nord.jugendsozialarbeit.de
Seminar	Mit Witz und Wertschätzung entwaffnen – Konfliktprävention für Sozialpädagog*innen aus Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Centren	28.06.2021	Hannover, ver.di-Höfe	LAG JAW, Florian Steenken Tel. 0511 12173-39 pro-aktiv@jugendsozialarbeit.de www.nord.jugendsozialarbeit.de
Seminar	Ich sehe, was Du kannst – Du auch? Selbstwirksamkeit für Pro-Aktiv-Centren und Jugendwerkstätten	01.07.2021	Hannover, Stephansstift	LAG JAW, Florian Steenken Tel. 0511 12173-39 pro-aktiv@jugendsozialarbeit.de www.nord.jugendsozialarbeit.de
Seminar	Social Media differenziert nutzen	01.- 02.07.2021	Paderborn, IN VIA-Akademie	IN VIA Akademie Paderborn Tel. 05251 2908-38 info@invia-akademie.de https://www.invia-akademie.de
Seminar	Alles grenzenlos? – Praxiserprobte Zugänge in der Prävention mit Jungen und männlichen Jugendlichen	05.- 07.07.2021	Papenburg, HÖB	Landesjugendamt Matthias Gelbke, Tel. 0511 89701-339 https://www.fobionline.jh.niedersachsen.de/
Seminar	(Un)Vermittelbar?! – Grundlagen zur erfolgreichen Bewerbung – Nützliche Grundlagen, Tipps und Methoden für einen erfolgreichen Bewerbungsprozess	14.07.2021	Hannover, Stephansstift	LAG JAW, Franziska Hermes Tel. 0511 12173-31 pro-aktiv@jugendsozialarbeit.de www.nord.jugendsozialarbeit.de
Seminar	Konfliktrisiken identifizieren und präventive Veränderungen bewirken	23.- 25.08.2021	Paderborn, IN VIA-Akademie	IN VIA Akademie Paderborn Tel. 05251 2908-38 info@invia-akademie.de https://www.invia-akademie.de
Seminar	System der beruflichen Rolle – Kompetenzen feststellen und Teilhabeplanung erstellen	25.- 27.08.2021	Paderborn, IN VIA-Akademie	IN VIA Akademie Paderborn Tel. 05251 2908-38 info@invia-akademie.de https://www.invia-akademie.de
Seminar	Einführung in die Gewaltfreie Kommunikation (GFK)	03.- 05.09.2021	Hannover, Stephansstift	Dachstiftung Diakonie Simone Truderung https://www.dachstiftung-diakonie.de/gesellschaften/stephansstiftzentrum-fuer-erwachsenenbildung-zeb/seminareprojekte/

Veranstalt. Art	Thema/ Titel	Datum	Ort	Veranstalter
Seminar	Der Charme von Stereotypen	03.- 05.09.2021	Reinhausen, Akademie Waldschlösschen	Akademie Waldschlösschen Bildungs- und Tagungshaus 37130 Reinhausen bei Göttingen https://www.waldschloesschen.org/de/veranstaltungsdetails.html?va_nr=1296
Seminar	Was ist (nicht) erlaubt? – Orientierung in der rechtlichen Grauzone rund um die pädagogische Arbeit mit konsumierenden Jugendlichen	07.09.2021	Hannover, Seminarzentrum	Landesstelle Jugendschutz https://www.jugendschutz-niedersachsen.de/
Seminar	'Notfallkoffer' – Systemische Traumabegleitung – Interventionen zur 'Erstversorgung' von Menschen mit traumatischen Erfahrungen	06.- 08.09.2021	Paderborn, IN VIA- Akademie	IN VIA Akademie Paderborn Tel. 05251 2908-38 info@invia-akademie.de https://www.invia-akademie.de
Seminar	Betriebswirtschaftliche Kompetenz in sozialen Betrieben	13.- 14.09.2021	Hannover, Stephansstift	Dachstiftung Diakonie Gernot König https://www.dachstiftung-diakonie.de/gesellschaften/stephansstiftzentrum-fuer-erwachsenenbildung-zeb/seminareprojekte/

Impressum

„jugendsozialarbeit nord“ wird herausgegeben von der
Landesstelle Jugendsozialarbeit

Redaktion: Ina Samusch (is)

Redaktionelle Mitarbeit: Florian Steenken (ste), Christian Remark (re), Sarah Kemper (ke)

V.i.S.d.P. Heike Krause

Kopernikusstr. 3, 30167 Hannover

tel: 0511/12173-0 fax: 0511/12173-37 mail: infodienst@jugendsozialarbeit.de

Erscheinungsweise: monatlich, Bezugspreis: 30 Euro für 12 Monate

